



63/2022

Mitteilungsblatt / Bulletin

1. August 2022

**Dritte Ordnung
zur Änderung der Praktikumsordnung
des Bachelorstudiengangs Öffentliche Verwaltung
des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung
der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
vom 08.06.2022**

Editor

Der Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin /
The President of the Berlin School of Economics and Law
Badensche Straße 52 • 10825 Berlin
T +49 (0)30 30877-1393 • F +49 (0)30 30877-1319

Dritte Ordnung zur Änderung der Praktikumsordnung des Bachelorstudiengangs Öffentliche Verwaltung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin vom 08.06.2022¹

Aufgrund von § 71 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG) in der Fassung vom 26. Juli 2011 (GVBl. S. 378), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.09.2021 (GVBl. S. 1039), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung die folgende Dritte Ordnung zur Änderung der „Praktikumsordnung des Bachelorstudiengangs Öffentliche Verwaltung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin vom 17.10.2018, geändert am 15.05.2019 und am 09.06.2021“, erlassen:

Artikel 1

§ 6 wird wie folgt geändert:

§ 6 Zeitliche Regelungen im Praktikum

- (1) Die Arbeitszeit während des Praktikums entspricht der im Betrieb üblichen regelmäßigen Arbeitszeit (Vollzeit). Aus triftigen Gründen kann mit Zustimmung der oder des Praktikumsbeauftragten eine Teilzeittätigkeit vereinbart werden. Bei einer Teilzeittätigkeit verlängert sich in der Regel die Dauer des Praktikums entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit.
- (2) Ein Fernbleiben von der Praktikumsstelle ist dem Praktikumsbetrieb unverzüglich mitzuteilen. Die Praktikumsbetriebe dokumentieren die Fehltag der Praktikantinnen und Praktikanten, sowie deren Urlaubs- und Freistellungstage im Sinne von § 6 Abs. 5. Diese Bescheinigung legen die Praktikantinnen und Praktikanten nach Ableisten des Praktikums dem Praktikantenamt für den Studiengang Öffentliche Verwaltung vor. Arbeitsunfähigkeit ist spätestens am vierten Tag durch ärztliches Attest zu belegen.
- (3) Bei Ableistung von Praktikum I und II müssen Fehlzeiten ab dem 16. Arbeitstag, bezogen auf die Dauer der Praktika I und II in der Gesamtsumme, nachgeholt werden. Urlaubs- und Freistellungstage im Sinne von § 6 Abs. 5 zählen nicht als Fehlzeiten. Wird das Praktikum II durch die Anerkennung laufbahnadäquater beruflicher Erfahrungen ersetzt (§ 11), so müssen Fehlzeiten ab dem achten Arbeitstag nachgeholt werden. Mit Zustimmung der oder des Praktikumsbeauftragten kann aus triftigen Gründen wie u.a. bei nachgewiesener Geburt eines Kindes oder bei nachgewiesener Krankheit eines eigenen Kindes des oder der Studierenden eine Fehlzeit bis zu 32 Arbeitstagen akzeptiert werden.
- (4) Für den Mutterschutz gilt § 15 der Studien- und Prüfungsordnung des Bachelorstudiengangs Öffentliche Verwaltung in der jeweils geltenden Fassung. Die in § 3 MuSchG genannten Schutzfristen gelten nicht als Fehlzeiten im Praktikum. Werden die Schutzfristen nach § 3 MuSchG und zusätzlich die in § 6 Abs. 3 Satz 4 dieser Ordnung genannte Höchstzahl schwangerschafts- und geburtsbedingter Fehltag überschritten, so müssen diese überschießenden Fehltag nur nachgearbeitet werden, wenn aufgrund der Verkürzung des

¹ Bestätigt von der Senatsverwaltung für Finanzen am 20.07.2022.

Praktikums davon auszugehen ist, dass die Lern- und Kompetenzziele des Praktikums aus Sicht des Praktikumsbetriebs nicht erreicht werden.

(5) Während des Praktikums ist – bezogen auf eine 26-wöchige Praktikumszeit – mit dem Praktikumsbetrieb ein Urlaub bis zu 12 Tagen zu vereinbaren. Eine Übertragung von nicht genommenen Urlaubstagen in Praktikum I auf das Praktikum II ist nicht möglich.

(6) Die Studierenden werden vom Praktikumsbetrieb für die Teilnahme an den praktikumsbegleitenden Lehrveranstaltungen (§ 9) freigestellt. Die Studierenden können beim Praktikumsbetrieb pro Praktikum bis zu vier Tage Freistellung zur Formulierung des Praxistransferberichts beantragen. Des Weiteren können Freistellungen für Studierende erfolgen, die sich in Angelegenheiten der Hochschulselbstverwaltung engagieren. Die Freistellung darf seitens des Praktikumsbetriebs nur mit Hinweis auf eine hierdurch verursachte Störung des Betriebsablaufs verweigert werden. Weitergehende Freistellungen für das Ablegen von Nachprüfungen an der HWR Berlin können einvernehmlich im Innenverhältnis zwischen Praktikumsbetrieb und Studierenden erfolgen, wenn die Lern- und Kompetenzziele des Praktikums hierdurch nicht in Frage gestellt werden.

Artikel 2

§ 8 wird wie folgt geändert:

§ 8 Praktikumsvertrag und Status der Praktikantinnen und Praktikanten

(1) Vor Beginn eines Praktikums schließen die Studierenden und der jeweilige Praktikumsbetrieb einen Praktikumsvertrag ab. Der Praktikumsvertrag ist unverzüglich dem Praktikantenamt vorzulegen. Kann der Praktikumsvertrag einen Monat vor geplantem Beginn des Praktikums noch nicht vorgelegt werden, so müssen dem Praktikantenamt mindestens Name, Anschrift des Praktikumsgebers, sowie Name, Telefonnummer und E-Mail-Adresse einer persönlichen Ansprechpartnerin oder eines persönlichen Ansprechpartners im Praktikumsbetrieb unverzüglich vorgelegt werden.

(2) Der Praktikumsvertrag regelt insbesondere:

- a) die Verpflichtung der Studierenden
 - die gebotenen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten wahrzunehmen;
 - die im Rahmen des Praktikumsplans übertragenen Aufgaben sorgfältig zu erfüllen;
 - den Anordnungen des Praktikumsbetriebes und der von ihm beauftragten Personen nachzukommen;
 - die für den Praktikumsbetrieb geltenden Ordnungen, insbesondere Arbeitsordnungen und Unfallverhütungsvorschriften sowie Vorschriften über die Schweigepflicht einzuhalten;
- b) die Verpflichtung des Praktikumsbetriebes:
 - für jeden Praktikumsplatz einen aussagekräftigen und laufbahnadäquaten Praktikumsplan zu erarbeiten, der Arbeitsgebiete und Aufgaben des Praktikums regelt;
 - den Studierenden für die Dauer ihres Praktikums einen persönlichen Ansprechpartner im Betrieb zu benennen;
 - den Studierenden für die Dauer ihres Praktikums einen adäquat eingerichteten Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen,
 - die Studierenden entsprechend dem Praktikumsplan zu beschäftigen und weiterzubilden;
 - den Studierenden die Teilnahme an den praktikumsbegleitenden Lehrveranstaltungen und Nachprüfungen an der Hochschule zu ermöglichen;

- den von den Studierenden zu erstellenden Praxistransferbericht zu überprüfen und abzuzeichnen;
 - den Studierenden zum Abschluss des Praktikums ein qualifiziertes Zeugnis auszustellen, das sich auf Dauer, Inhalt und Erfolg des Praktikums bezieht;
- c) die Möglichkeit der vorzeitigen Auflösung des Praktikumsvertrags.

Die Hochschule stellt ein Muster für den Praktikumsvertrag zur Verfügung.

(3) Eine fristlose Kündigung des Praktikumsvertrags ist nur aus wichtigem Grund möglich und bedarf der vorherigen Anhörung der Praktikumsbetreuerin oder des Praktikumsbetreuers (§ 4 Abs. 2) sowie der oder des Praktikumsbeauftragten der Hochschule. Bei Konflikten mit den Studierenden ist auf eine einvernehmliche Lösung hinzuwirken. Hierbei ist die von der HWR Berlin zugewiesene Praktikumsbetreuerin oder der zugewiesene Praktikumsbetreuer als vermittelnde Person hinzuzuziehen.

(4) Durch den Praktikumsvertrag wird kein Arbeitsverhältnis begründet. Die Studierenden bleiben während des Praktikums Mitglieder der Hochschule mit allen Rechten und Pflichten und haben sich für das Folgesemester gemäß den Bestimmungen der Hochschule zurückzumelden. Ihr sozialversicherungsrechtlicher Status ändert sich durch das Praktikum nicht.

Artikel 3

§ 9 wird wie folgt geändert:

§ 9 Praktikumsbegleitende Lehrveranstaltungen

(1) Die praktikumsbegleitenden Lehrveranstaltungen finden grundsätzlich an der Hochschule statt; sie sind neben den Praktikumsphasen integraler Bestandteil der Praktikumsmodule (§ 2 Abs. 3).

(2) Die praktikumsbegleitenden Lehrveranstaltungen gliedern sich in

1. eine Informationsveranstaltung zur Praktikumsvorbereitung,
2. eine Einführung in die Verfügungs- und Bescheidtechnik/Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung (GGO) und
3. eine praktikumsbegleitende Lehrveranstaltung für die Praktika I und II bei der betreuenden Lehrkraft (§ 4 Abs. 2).

(3) Die praktikumsvorbereitende Informationsveranstaltung, an denen nach Maßgabe der Studien- und Prüfungsordnung des Bachelorstudiengangs Öffentliche Verwaltung alle Studierenden teilzunehmen haben, wird in Blockform angeboten und findet für alle Studierenden Ende des ersten Semesters statt.

(4) Die praktikumsbegleitende Lehrveranstaltung nach Abs. 2 Nr. 3 wird von der betreuenden Lehrkraft im Rahmen der Lehrplanung individuell terminiert und findet zu mehreren Zeitpunkten während des Praktikums statt. Diese Veranstaltung dient im Sinne eines Theorie-Praxis-Transfers der Vorbereitung, Auswertung, Diskussion und Nachbereitung von Erfahrungen im Praktikum sowie der wissenschaftlichen Fundierung und Analyse der in den Praktikumsbetrieben bearbeiteten Problemstellungen, Problemansätze und Arbeitsverfahren.

(5) Im Rahmen der praktikumsbegleitenden Lehrveranstaltung des Praktikums I und II nach Abs. 2 Nr. 3 sind die wesentlichen Inhalte, Erfahrungen und Ergebnisse der Praktika im Sinne wechselseitiger Bezüge zwischen Studieninhalten und Praktika (Theorie-Praxis-Transfer) seitens der Studierenden aktiv zu

reflektieren; diese aktive Reflexion ist seitens der Lehrkraft im Rahmen der praktikumsbegleitenden Lehrveranstaltung durch geeignete Lehrformate sicherzustellen.

(6) Für beide Praktika ist jeweils ein Praxistransferbericht zu verfassen, der undifferenziert bewertet wird. Der Praxistransferbericht ist von den Studierenden während des Praktikums oder unmittelbar nach dem Praktikum anzufertigen und sowohl von der betrieblichen Ansprechpartnerin oder dem betrieblichen Ansprechpartner als auch von der Praktikumsbetreuerin oder dem Praktikumsbetreuer der HWR Berlin zu unterschreiben. Die Praktikumsbetreuerin oder der Praktikumsbetreuer der HWR Berlin kann im Rahmen der praktikumsbegleitenden Lehrveranstaltung aus didaktischer Sicht Vorgaben für den Praxistransferbericht machen und etwa auch in Kooperation mit anderen Lehrenden, die ebenfalls eine praktikumsbegleitende Lehrveranstaltung durchführen, Teilberichte vorsehen. Aus dem Praxistransferbericht muss hervorgehen, dass die Studierenden mit laufbahnadäquaten Aufgaben im Sinne des § 2 Abs. 1 der Studien- und Prüfungsordnung des Bachelorstudiengangs Öffentliche Verwaltung betraut wurden. Im Übrigen legt die oder der Praktikumsbeauftragte die Anforderungen an Form und Inhalt des Berichts fest. Der Praxistransferbericht ist der Praktikumsbetreuerin oder dem Praktikumsbetreuer spätestens vier Wochen nach Beendigung des Praktikums ausschließlich digital zur Verfügung zu stellen. Praktikumszeugnis und Fehlzeitenbescheinigung sind dem Praktikumsbüro nach Praktikumsende digital zur Verfügung zu stellen. Studierende, die ihr Praktikum II im Rahmen des Schnellstudiums in den Phasen gem. § 3 Abs. 4 absolvieren, werden einer Praktikumsbetreuerin oder einem Praktikumsbetreuer zugewiesen und geben den Praxistransferbericht in zwei Teilen (Teil 1 nach Ende der zweiten Praktikumsphase und Teil 2 nach Ende der vierten Praktikumsphase) ab.

(7) Die Veranstaltung „Einführung in die Verfügungs- und Bescheidtechnik /Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung (GGO)“ findet am Ende des zweiten Semesters in Blockform statt. An ihr sollen alle Studierenden teilnehmen; die oder der Praktikumsbeauftragte kann Studierende auf Antrag von der Teilnahme befreien, wenn der Nachweis zuvor erworbener qualifizierter Kompetenzen in der Verfügungs- und Bescheidtechnik erbracht wird.

Mindestinhalte dieser Veranstaltung sind:

- Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung (GGO),
- Verfügungs- und Bescheidtechnik sowie
- Rechtsbehelfsbelehrungen.

Artikel 4

§ 10 wird wie folgt geändert:

§ 10 Anerkennung der Praktikumsmodule

- (1) Das Modul 11 (Praktikum I) ist bestanden, wenn
- a) ein Nachweis über die Teilnahme an der praktikumsvorbereitenden Informationsveranstaltung (§ 9 Abs. 3),
 - b) ein Nachweis über die Teilnahme an der Veranstaltung „Einführung in die Verfügungs- und Bescheidtechnik/Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung (GGO)“ (§9 Abs. 7),
 - c) ein Nachweis über die Teilnahme an der praktikumsbegleitenden Lehrveranstaltung (§ 9 Abs. 4),
 - d) der von der oder dem Studierenden fristgerecht angefertigte, vollständige und „mit Erfolg“ bewertete Praxistransferbericht (§ 9 Abs. 6) und
 - e) das vom Praktikumsbetrieb ausgestellte qualifizierte Zeugnis über das erfolgreiche Praktikum vorliegen.

- (2) Das Modul 22 (Praktikum II) ist bestanden, wenn
- a) ein Nachweis über die Teilnahme an der praktikumsbegleitenden Lehrveranstaltung (§ 9 Abs. 4),
 - b) der von der oder dem Studierenden fristgerecht angefertigte, vollständige und „mit Erfolg“ bewertete Praxistransferbericht (§ 9 Abs. 6),
 - c) das vom Praktikumsbetrieb ausgestellte qualifizierte Zeugnis über das erfolgreiche Praktikum und
 - d) im Falle des gewählten Schnellstudiums (§ 3 Abs. 4) der Nachweis über insgesamt 26 geleistete Wochen Praktika
- vorliegen.
- (3) Die Entscheidung über die Anerkennung trifft die oder der Praktikumsbeauftragte.
- (4) Ist ein Praktikumsmodul nicht erfolgreich durchgeführt, so ist es unverzüglich zu wiederholen.

Artikel 5

Diese Ordnung tritt am 1.10.2022 in Kraft.